

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 14 | 07.04.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 87/2017 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Eignungsprüfungsverordnung – Inneres**, die **Namensänderungsverordnung 1997**, die **Personenstandsgesetz-Durchführungsverordnung 2013**, die **Pyrotechnikgesetz-Durchführungsverordnung**, die **Sicherheitserklärungs-Verordnung**, die **Staatsbürgerschaftsverordnung 1985**, die **Vertrauenspersonen-Wahlordnung**, die **2. Waffengesetz-Durchführungsverordnung** und die **Zivildienst-Kompetenzbilanz-Verordnung** geändert werden

[BGBl II 88/2017 \(Anlage A\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Meldegesetz-Durchführungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 90/2017](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung, mit der die Eröffnungs- und Teilungszahlenverordnung, die Einreihungsverordnung, die Verordnung über die Gutachterkommissionen zur Eignungserklärung von Unterrichtsmitteln, die Schulzeitverordnung, die Schulveranstaltungsverordnung 1995, die Verordnung über die Prüfungsgebiete der Pflichtschulabschlussprüfung, die Verordnung über die Prüfungstermine für standardisierte Prüfungsgebiete im Rahmen von abschließenden Prüfungen in den Jahren 2016 und 2017, die Verordnung über den Lehrplan des Lehrganges für Sonderkindergartenpädagogik, die Verordnung über den Lehrplan des Kollegs für Kindergartenpädagogik, die Verordnung über die Eignungsprüfungen, Abschlussprüfungen und Befähigungsprüfungen an Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, die Verordnung über die Schulzeit an den Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, die Verordnung über das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer an Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, die Verordnung über die Praxiserfordernisse für Vertragsbedienstete im Pädagogischen Dienst und über den Entfall der ergänzenden Lehramtsausbildung in bestimmten Verwendungen, die Aufnahmeverfahrensverordnung, die Verordnung über die Verwendung von Geldstrafen und Geldbußen, die Nebenleistungsverordnung, die PD-Nebenleistungsverordnung, die Verordnung, mit der Vergütungen gemäß § 61b Abs 3 des Gehaltsgesetzes 1956 festgesetzt werden, die Verordnung, mit welcher der Lehrplan der Bildungsanstalt für Arbeitslehrerinnen erlassen wird, sowie die Verordnung über die Befähigungsprüfung in den Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen, für Kindergärtnerinnen und für Erzieher geändert werden; Bekanntmachung betreffend den Entfall der Lehrpläne für den Religionsunterricht an Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen (**Schulrechtsbereinigungsverordnung 2017**)

[BGBl II 96/2017 \(Anlage 1, Anlage 2, Anlage 3, Anlage 4, Anlage 5, Anlage 6, Anlage 7\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über verantwortliche Personen im Bergbau 2017 (**VPB-V 2017**)

[BGBl II 99/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die **Vergabe von Studienabschluss-Stipendien**

[BGBl II 101/2017 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über Meldungen nach dem Tuberkulosegesetz (**Tuberkulosegesetz-Meldeverordnung**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 88 v 31.03.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 19/2013 zur Umsetzung der **bilateralen Schutzklausel** und des **Stabilisierungsmechanismus für Bananen** des **Handelsübereinkommens** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Kolumbien und Peru** andererseits und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 20/2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Zentralamerika** andererseits

[ABI L 88 v 31.03.2017, 6](#)

Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur **Terrorismusbekämpfung** und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates

[ABI L 89 v 01.04.2017, 1](#)

Mitteilung über die **vorläufige Anwendung** des Abkommens über eine **strategische Partnerschaft** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Kanada** andererseits

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.02.2017, [E 70/2017](#)

ImmissionsschutzG-Luft; Ablehnung einer Beschwerde über die **Tempolimits des ImmissionsschutzG-Luft**; auch Lenker von **Elektroautos** müssen auf Autobahnen die Tempolimits einhalten; keine Unsachlichkeit, wenn Fahrzeuge nicht nach Art und Schadstoffausstoß unterschieden werden; eine differenzierende Regelung würde den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit gefährden

02.03.2017, [W I V4/2016](#)

Nationalrats-WahlO; **WählerevidenzG**; **Europa-WählerevidenzG**; keine Stattgabe der Anfechtung eines Erkenntnisses des BVwG betreffend **Verweigerung der Aufnahme** eines vor Inkrafttreten des WahlrechtsänderungsG 2011 **strafgerichtlich Verurteilten in die (Europa-)Wählerevidenz**; weiterer Ausschluss vom Wahlrecht wegen bestehender Wahlausschlussgründe auf Grund der Art und Schwere der begangenen Straftat im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers; Abstellen auf einen Stichtag für die Anwendung der neuen Regelung über den Entzug des Wahlrechts nur bei einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung gegenüber dem für Altfälle vorgesehenen Wahlrechtsausschluss als Folge des Gesetzes nicht verfassungswidrig

06.03.2017, [G 126/2016](#)

WirtschaftskammerG; die **Berechnung der Wirtschaftskammerbeiträge** („Kammerumlage“) kann anhand einer „Durchschnittsbetrachtung“ erfolgen und auf den Regelfall abstellen, auch wenn sich dadurch **Härtefälle** ergeben; ein Gesetz ist nicht schon dann gleichheitswidrig, wenn sein Ergebnis nicht in allen Fällen als befriedigend angesehen wird; nicht jede Härte im Einzelfall, die eine einheitliche Regelung mit sich bringt, kann bereits als unsachlich gewertet werden

08.03.2017, [G 355/2016](#)

Stmk Glücksspielautomaten- und SpielapparateG; kein Verstoß einer – aus Gründen des **Jugend- und Spielerschutzes** normierten – **Abstandsvorschrift** für den Betrieb von Spielstuben gegen den Gleichheitssatz und die Erwerbsfreiheit

08.03.2017, [G 399/2016](#) (Anlassfall [E 160/2016](#))

StaatsbürgerschaftsG; Gleichheitswidrigkeit einer – zur Sanierung von Härtefällen kurzfristig wieder eingeführten – Übergangsvorschrift des StaatsbürgerschaftsG betreffend die **Möglichkeit des Staatsbürgerschaftserwerbs nach der Mutter** durch Anzeige; Voraussetzung der Staatsbürgerschaft der Mutter im Zeitpunkt der Anzeige in Hinblick auf über 25 Jahre auseinander liegende Sachverhalte sachlich nicht gerechtfertigt

14.03.2017, [E 3126/2016](#); [E 3174/2016](#)

GlücksspielG; Verletzung im Recht auf **ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch eine – in der Zeit zwischen Kundmachung des Beschlusses auf Feststellung eines Massenverfahrens und Kundmachung des die Rechtsanschauung des VfGH enthaltenden Rechtssatzes – getroffene Entscheidung des Verwaltungsgerichts wegen **Verstoßes gegen die Sperrwirkung des Beschlusses**

14.03.2017, [E 3171/2016](#)

GlücksspielG; Abweisung der Beschwerde gegen eine vor Beginn der **Sperrwirkungen des Massenverfahrensbeschlusses** getroffene Entscheidung des Verwaltungsgerichts betreffend Glücksspielrecht

14.03.2017, [E 3282/2016](#)

GlücksspielG; Abweisung der Beschwerde gegen die **Verhängung einer Verwaltungsstrafe** wegen Verstoßes gegen glücksspielrechtliche Bestimmungen; keine Unionsrechtswidrigkeit bzw Inländerdiskriminierung; keine Verletzung der Unparteilichkeit der Verwaltungsgerichte durch den in Verwaltungsstrafsachen maßgeblichen Grundsatz der **amtswegigen Verfolgung** von Verwaltungsübertretungen

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.02.2017, [Ro 2014/06/0004](#)

Bgl BauG; **Baubewilligung** für die Errichtung eines Einfamilienhauses; **div Nachbareinwendungen**; ein allgemeines subjektiv-öffentliches Nachbarrecht auf Wahrung des Lichteinfalls und des Sonneneinfalls besteht nicht; anders als die NÖ BauO räumt das Bgl BauG dem Nachbarn nicht ausdrücklich ein subjektiv-öffentliches Recht auf Einhaltung eines bestimmten Lichteinfalls ein; die vom Bf genannte Regelung des Pkt 9.1.2. der OIB Richtlinie 3 soll nur die ausreichende Belichtung der Räume im zu errichtenden Gebäude sicherstellen; diese Bestimmung räumt dem Nachbarn kein subjektiv-öffentliches Recht ein

02.03.2017, [Ra 2015/08/0175](#)

Bauern-SozialversicherungsG; Herstellung und Vertrieb von **Äpfeln mit „gelaserten“ Schriftzügen**; die Äpfel sind dadurch in einer Weise bearbeitet, die über die in der Urprodukteverordnung genannten Arbeitsschritte des Waschens, Schärens, Zerteilens oder Trocknens von Obst hinausgeht; Schaffung einer für eine Weiterverarbeitung eigener Erzeugnisse typische Wertschöpfung; Vorliegen eines **Nebengewerbes der Land- und Forstwirtschaft**; keine landwirtschaftliche Urproduktion

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[04.04.2017, Rs C-337/15 P, Bürgerbeauftragter / Staelen](#)

Rechtsmittel – **Außervertragliche Haftung** der Europäischen Union – Behandlung einer Beschwerde über den Umgang mit der Eignungsliste eines allgemeinen Auswahlverfahrens – **Sorgfaltspflichtverletzungen** – Begriff ‚**hinreichend qualifizierter Verstoß**‘ gegen eine Unionsrechtsnorm – Immaterieller Schaden – Verlust des Vertrauens in die Institution des Europäischen Bürgerbeauftragten

[04.04.2017, Rs C-544/15, Fahimian](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2004/114/EG – Art 6 Abs 1 Buchst d – Bedingungen für die **Zulassung von Drittstaatsangehörigen** – Ablehnung der Zulassung – Begriff der ‚**Bedrohung für die öffentliche Sicherheit**‘ – Beurteilungsraum

[05.04.2017, Rs C-598/14 P, EUIPO / Szajner](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Nichtigkeitsverfahren – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 4 – Art 65 Abs 1 und 2 – Wortmarke LAGUIOLE – **Antrag auf Nichtigerklärung** aufgrund eines älteren Rechts, das nach nationalem Recht erworben wurde – Anwendung des nationalen Rechts durch das EUIPO – Amt des Unionsrichters

[05.04.2017, Rs C-217/15 und C-350/15, Orsi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 und 273 – Nationale Rechtsvorschriften, die für **ein- und denselben Sachverhalt** (Nichtabführung der Mehrwertsteuer) eine **verwaltungsrechtliche** und eine **strafrechtliche Sanktion** vorsehen – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 50 – **Grundsatz ne bis in idem** – Identität der verfolgten oder mit einer Sanktion belegten Person – Fehlen

[05.04.2017, Rs C-298/15, Borta](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2004/17/EG – Auftrag, der den in dieser Richtlinie normierten Schwellenwert nicht erreicht – Art 49 und 56 AEUV – Beschränkung des Einsatzes von Unterauftragnehmern – Einreichung eines gemeinsamen Angebots – **Berufliche Kapazitäten der Bieter** – Änderungen der Verdingungsunterlagen

[05.04.2017, Rs C-376/15 P und C-377/15 P, Changshu City Standard Parts Factory und Ningbo Jinding Fastener / Rat](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 924/2012 – Einführen **bestimmter Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl** mit Ursprung in der Volksrepublik **China** – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 2 Abs 10 und 11 – Nicht-einbeziehung bestimmter Ausfuhrgeschäfte in die Berechnung der Dumpingspanne – Gerechter Vergleich zwischen Ausfuhrpreis und Normalwert bei Einfuhren aus einem Land ohne Marktwirtschaft

[05.04.2017, Rs C-391/15, Marina del Mediterraneo ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – **Nachprüfungsverfahren** – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 Abs 1 – Art 2 Abs 1 – Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers, mit der ein Wirtschaftsteilnehmer zur Abgabe eines Angebots zugelassen wird – **Nach anwendbarem nationalem Recht nicht überprüfbare Entscheidung**

05.04.2017, Rs C-488/15, Kommission / Bulgarien

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 2008/50/EG – **Luftqualität** – Art 13 Abs 1 – Anhang XI – Für PM10 geltende Tages- und Jahresgrenzwerte – **Systematische und andauernde Überschreitung der Grenzwerte** – Art 22 – Verlängerung der zur Erreichung bestimmter Grenzwerte festgelegten Fristen – Voraussetzungen für die Anwendung – Art 23 Abs 1 – Luftqualitätspläne – ‚So kurz wie möglich‘ gehaltener Zeitraum der Nichteinhaltung – **Geeignete Maßnahmen** – In die Beurteilung einfließende Gesichtspunkte

06.04.2017, Rs C-336/15, Unionen

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2001/23/EG – Art 3 – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim **Übergang von Unternehmen** – Für den Erwerber und für den Veräußerer **geltende Kollektivverträge** – Den gekündigten Arbeitnehmern gewährte **zusätzliche Kündigungsfrist** – Berücksichtigung der beim Veräußerer zurückgelegten Beschäftigungszeiten

06.04.2017, Rs C-638/15, Eko-Tabak

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/64/EU – Art 2 Abs 1 Buchst c – Art 5 Abs 1 Buchst a – Begriffe ‚**Rauchtabak**‘, ‚geschnittener oder anders zerkleinerter Tabak‘ und ‚**industrielle Bearbeitung**‘

06.04.2017, Rs C-668/15, Jyske Finans

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung** ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – Richtlinie 2000/43/EG – Art 2 Abs 2 Buchst a und b – **Kreditinstitut**, das einen **zusätzlichen Identitätsnachweis** in Form einer Kopie des **Reisepasses** oder der **Aufenthaltserlaubnis von Personen** verlangt, die für einen Kauf eines Kraftfahrzeugs einen **Darlehensantrag** stellen und sich mit einem Führerschein ausgewiesen haben, der ein anderes Geburtsland angibt als einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)

06.04.2017, Rs C-58/16, Kommission / Deutschland

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Erhöhung der Gefahrenabwehr in Häfen** – Richtlinie 2005/65/EG – Art 2 Abs 3 sowie Art 6, 7 und 9 – Verstoß – **Fehlende Risikobewertung** für den Hafen – Hafengrenzen, Plan zur Gefahrenabwehr im Hafen und Beauftragter für die Gefahrenabwehr im Hafen – Fehlende Festlegung

B. SCHLUSSANTRÄGE

04.04.2017, Rs C-612/15, Kolev ua (GA Bot)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Strafverfahren – Richtlinie 2012/13/EU – Recht auf Unterrichtung über den Tatvorwurf – Recht auf Akteneinsicht – Richtlinie 2013/48/EU – Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand – **Gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union** gerichteter Betrug – Straftaten – Wirksame und **abschreckende Sanktionen** – Ausschlussfrist – Einstellung des Strafverfahrens ohne Sachprüfung der Anklagepunkte – **Recht auf ein faires Verfahren** – Verteidigungsrecht – Angemessene Verfahrensdauer

05.04.2017, Rs C-616/16, Kommission / Deutschland (GA Wahelet)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Steuerwesen** – Mehrwertsteuer – Art 132 Abs 1 Buchst f der Richtlinie 2006/112/EG – **Befreiung von Dienstleistungen**, die selbständige Zusammenschlüsse von Personen an ihre Mitglieder erbringen, von der Mehrwertsteuer – Beschränkung auf selbständige Zusammenschlüsse, deren Mitglieder eine **begrenzte Anzahl von Berufen** ausüben

05.04.2017, Rs C-245/16, Nerea (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsersuchen – Staatliche Beihilfen – Verordnung (EG) Nr 800/2008 – Antrag eines Unternehmens, das europäische Mittel bezogen hat, auf einen **präventiven Vergleichsabschluss** – Begriff des Unternehmens in Schwierigkeiten – Begriff des Insolvenzverfahrens – Voraussetzungen für die **Ablehnung** oder den Widerruf einer **Beihilfe aus europäischen Mitteln** – **Verpflichtung zur Rückerstattung** der Beihilfe

[06.04.2017, Rs C-331/15 P, Frankreich / Schlyter \(GA Wahtele\)](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten – Ausführliche **Stellungnahme der Europäischen Kommission** zu einem ihr von den französischen Behörden gemäß der Richtlinie 98/34/EG übermittelten Entwurf einer Verordnung über die jährliche Meldung von Stoffen im Nanopartikelzustand – **Beschluss** der Kommission, den **Zugang zu verweigern** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 2 dritter Gedankenstrich – **Ausnahme vom Zugangsrecht** – Schutz des Zwecks von Untersuchungstätigkeiten

[06.04.2017, Rs C-671/15, APVE ua \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerbswidrige Verhaltensweisen** – Art 101 AEUV – Anwendbarkeit – Gemeinsame Marktorganisation – Erzeugerorganisationen – Aufgaben der Erzeugerorganisationen – **Festsetzung von Mindestverkaufspreisen**, Absprachen über die auf den Markt gebrachten Mengen und Austausch strategischer Informationen – **Französischer Markt für Chicorée**

[06.04.2017, Rs C-132/16, Iberdrola Inmobiliaria Real Estate Investments \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuerrecht – **Vorsteuerabzug** – **Unentgeltliche Dienstleistungen** zugunsten der kommunalen Infrastruktur – Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Steuerpflichtigen – Wirtschaftliche Zuordnung versus Veranlassungszusammenhang – **Verbuchung der Kosten als Gemeinkosten**

[06.04.2017, Rs C-133/16, Ferenschild \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 1999/44/EG – Gebrauchte Güter – **Rechte des Verbrauchers** im Fall der **Vertragswidrigkeit der Ware** – Dauer der Haftung für vertragswidrige Waren – **Verjährungsfristen**

[06.04.2017, Rs C-177/16, Autortiesību un komunikēšanās konsultāciju aģentūra - Latvijas Autoru apvienība \(GA Wahl\)](#)

Art 102 AEUV – **Missbrauch einer beherrschenden Stellung** – Auswirkung auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten – Organisation für die kollektive Rechtswahrnehmung – **Unangemessene Preise** – Für die Verhängung einer Geldbuße relevanter Umsatz

[06.04.2017, Rs C-348/16, Sacko \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Asyl** – Auslegung der Art 12, 14, 31 und 46 der Richtlinie 2013/32/EU – Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Schutz – Abschlägige Entscheidung der Verwaltung hinsichtlich eines Antrags auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach Anhörung des Antragstellers – **Möglichkeit der Zurückweisung** des gerichtlichen Rechtsbehelfs **ohne Anhörung des Antragstellers**

C. GERICHT

[03.04.2017, T-28/16, Deutschland / Kommission](#)

EGFL und ELER – Von der Finanzierung ausgeschlossene Ausgaben – **Entwicklung des ländlichen Raums** – Flurbereinigungen und Dorferneuerungen – **Auswahlkriterien für Vorhaben** – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Subsidiarität – Berechtigtes Vertrauen – Verhältnismäßigkeit – Begründungspflicht

[05.04.2017, T-361/14, HB ua / Kommission](#)

Institutionelles Recht – **Europäische Bürgerinitiative** – **Schutz streunender Tiere** – Psychologische Auswirkungen auf Erwachsene und Kinder – Verweigerung der Registrierung – Offenkundiges **Fehlen von Befugnissen der Kommission** – Art 4 Abs 2 Buchst b und Abs 3 der Verordnung (EU) Nr 211/2011

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

04.04.2017, Beschwerde Nr. [36925/07](#), *Guzelyurtlu ua / Türkei und Zypern*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); Verwandte der Bf wurden auf dem von der zyprischen Regierung kontrollierten Gebiet erschossen; Flucht der **Mörder** in das von der Türkei kontrollierte Gebiet; **Verletzung** der aus Art 2 EMRK resultierenden **Untersuchungspflichten**, da aufgrund der **unzureichenden Zusammenarbeit** der **türkischen und zyprischen Behörden** keine entsprechende Untersuchung der Umstände des Mordes durchgeführt wurde

04.04.2017, Beschwerde Nr. [39061/11](#), *Thimothawes / Belgien*

Keine Verletzung von **Art 5 Abs 1 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); keine Konventionswidrigkeit im Fall der **fünfmonatigen Anhaltung** des ägyptischen Bf **Asylwerbers** an der **belgischen Grenze**; hinreichende **gerichtliche Überprüfung** der Anhaltung gemäß den konventionsrechtlichen Vorgaben; keine unverhältnismäßig lange Inhaftierung

06.04.2017, Beschwerde Nr. [10138/11 ua](#), *Klein ua / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 9 EMRK** (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); keine Konventionsverletzung im Fall der Berechnung der **Kirchensteuer** bei **Ehepaaren** auf Grundlage des **gemeinsamen Einkommens** auch in Fällen, in denen ein **Ehepartner kein Angehöriger** der jeweiligen Kirchengemeinschaft ist

06.04.2017, Beschwerde Nr. [79885/12 ua](#), *A.P., Garçon und Nicot / Frankreich*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens); Verletzung von Art 8 EMRK im Fall der **transsexuellen Bf**, deren volle rechtliche **Anerkennung** ihrer **Geschlechtsidentität** in staatlichen Dokumenten von einer **Operation abhängig** gemacht wurde, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu **Sterilität** führt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.